S 3 KR 1234/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Sozialgericht München Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Nachträgliche Korrekturen von

Befundberichten unterliegen der allgemeinen Beweiswürdigung.

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 KR 1234/22 ER

Datum 26.05.2023

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

- 1. Der Antrag wird abgelehnt.
- 2. Au̸ergerichtluche Kosten sind nicht zu erstatten.

GrÃ¹/₄nde

١.

Die Antragstellerin begehrt im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes die (vorlĤufige) Zahlung von Krankengeld.

Die Antragstellerin ist Versicherte der Antragsgegnerin. Sie erhielt seit 2019 Krankengeld von der Antragsgegnerin aufgrund orthopĤdischer Beschwerden (Folgen einer Fraktur des Beines). Mit Bescheid vom 25.05.2021 stellte die Antragsgegnerin fest, dass die Antragstellerin aufgrund dieser Erkrankung die HĶchstbezugsdauer am 19.06.2021 erreicht habe. Ihr Krankengeldanspruch ende mit diesem Tag. Einen Rechtsbehelf legte die Antragstellerin dagegen nicht ein. Die Antragstellerin befand sich vom 29.07.2021 bis 23.09.2021 in stationĤrer Behandlung wegen psychischer Beschwerden. Die Antragstellerin teilte der

Antragsgegnerin telefonisch mit, sie sei ab 29.07.2021 arbeitsunfĤhig erkrankt und dies werde l\tilde{A}\tilde{x}nger dauern. Sie legte eine Erstbescheinigung f\tilde{A}\tilde{4}r ArbeitsunfĤhigkeit vom 08.10.2021 von S. für den Zeitraum 08.10.2021 bis 25.10.2021 mit den Diagnosen F33.1 G und F43.1 G vor. In der Folgezeit wurden weitere AU-Bescheinigungen, nun ausgestellt von der behandelnden FachĤrztin, mit gleichen Diagnosen ausgestellt. Die Antragstellerin befragte den behandelnden OrthopĤden zum Stand der orthopĤdischen Erkrankung. Dieser gab im Schreiben vom 11.10.2021 an, es habe deshalb auch nach Ablauf der HA¶chstbezugsdauer des Krankengeldes weiterhin Behandlungsbedļrftigkeit und dem Grunde nach ArbeitsunfĤhigkeit bestanden. Aufgrund dieser Erkrankung wurden weiterhin Heilmittelverordnungen ausgestellt. Der Akte der Antragsgegnerin liegt eine Zusammenfassung der AU-Zeiten der Antragstellerin bei. Darin enthalten sind auch AU-Bescheinigungen mit F-Diagnosen (F32.1, F45.40) in den Jahren 2019 und 2020. Nach Auskunft des Arbeitgebers der Antragstellerin gegenļber der Antragsgegnerin hatte die Antragstellerin vom 21.06.2021 bis 18.07.2021 Urlaub, vom 19.07.2021 bis 27.07.2021 Freizeitausgleich und am 28.07.2021 hat sie gearbeitet. Sie habe allerdings praktisch keine Arbeitsleistung erbracht. Im Dezember 2021 bewilligte die Antragsgegnerin die Kostenübernahme für eine Psychotherapie.

Mit Bescheid vom 24.04.2022 lehnte die Antragsgegnerin die Zahlung von Krankengeld ab 29.07.2021 ab. Die orthopĤdischen Diagnosen seien auch weiterhin dem Grunde nach AU-begründend. Damit sei die psychische Erkrankung hinzugetreten. Diese führe nicht zu einer Verlängerung des Krankengeldanspruches. Vielmehr liege ein Fall des <u>§ 48 Abs. 1 S. 2 SGB V</u> vor. Hiergegen legte die Antragstellerin durch ihre ProzessbevollmÄxchtigte Widerspruch ein. Es liege kein Fall des <u>§ 48 Abs. 1 S. 2 SGB V</u> vor. Sie legte ein Attest des behandelnden OrthopĤden vor. Dieser bestĤtigt nun, dass die ArbeitsunfĤhigkeit aufgrund der orthopĤdischen Diagnosen am 21.06.2021 endete und die Behandlung abgeschlossen sei. Der Fragebogen der Antragsgegnerin sei â∏⊓von einer Helferin falsch angekreuztâ∏∏ worden. Au̸erdem wird ein Arztbericht des C. (stationäre Behandlung ab 29.07.2021) vorgelegt. Danach bestehe kein Zusammenhang zwischen der akut-stationÄxren psychosomatischen Behandlung und den orthopÄxdischen Vorerkrankungen. Mit Schriftsatz vom 31.10.2022 stellte die Antragstellerin den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz.

Der Vorsitzende wies mit Schreiben vom 17.11.2022 darauf hin, dass der gesamte zeitliche Ablauf, insbesondere die Verordnung der stationĤren Behandlung bereits im April 2021und der einzige Arbeitstag unmittelbar am Tag vor der geplanten Aufnahme am 29.07.2021 eher darauf hindeuten, dass die psychische Erkrankung zur orthopĤdischen Erkrankung hinzugetreten ist und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem auch die orthopĤdische Erkrankung noch ArbeitsunfĤhigkeit begrļndet. Auf den Hinweis wird konkret Bezug genommen.

Die Antragstellerin führte daraufhin aus, dass die Aufnahme am 29.07.2021 sich erst kurzfristig ergab. Die Aufnahme sei eigentlich für einen späteren Zeitpunkt geplant gewesen. Die Antragstellerin entband daraufhin die Medizinische Klinik und Poliklinik IV der LMU von der Schweigepflicht. Gleichzeitig legt sie den Befundbericht vom 01.03.2021 vor. Bei der Antragstellerin liege eine rezidivierende Depression vor sowie Teilsymptome einer posttraumatischen Belastungsstörung

vor. Die Indikation für eine stationäre Psychotherapie sei gegeben.
Der Vorsitzende erhielt seitens der LMU lediglich den Befundbericht und die Angabe, es sei keine AU-Bescheinigung ausgestellt worden. Die Frage nach der Arbeitsunfähigkeit dem Grunde nach im März 2021 wurde nicht beantwortet. Nach weiteren richterlichen Hinweis vom 09.02.2023 entband die Antragstellerin auch den C. von der Schweigepflicht. Auch auf diesen Hinweis wird konkret Bezug genommen. Der Vorsitzende hat einen Befundbericht eingeholt. In der Anamnese wird der Zustand der Antragstellerin bei Aufnahme beschrieben. Beschrieben werden u.a. eine depressive Symptomatik, Alpträume, Burnout-Symptomatik durch Ã□berlastung im Beruf. Auch der weitere Verlauf der Behandlung wird beschrieben. Auf weitere Nachfrage durch den Vorsitzenden gab die Klinik auch eine Einschätzung zur Arbeitsfähigkeit bei Aufnahme ab. Die Antragstellerin sie arbeitsunfähig angereist. Es sei daher unwahrscheinlich, dass die am Vortag der Aufnahme arbeitsfähig gewesen sei.

Die Antragstellerin kündigte daraufhin an, sie werde einen korrigierten Bericht der Klinik vorlegen. Während des stationären Aufenthaltes habe sich die depressive Symptomatik verschlechtert und die posttraumatische Belastungsstörung sei eine Neudiagnose. Bei der Aufnahme sei die Antragstellerin arbeitsfähig gewesen. Erst während des Aufenthaltes sei ihr die Tragweite der depressiven Symptomatik bewusstgeworden.

 \hat{A} \hat{A} \hat{A} Die Antragstellerin beantragt, die Antragsgegnerin vorl \hat{A} xufig zu verpflichten, ihr Krankengeld ab 31.10.2022 in gesetzlicher H \hat{A} yhe zu zahlen.

 Â Â Â Die Antragsgegnerin beantragt, den Antrag abzulehnen.

Die Antragsgegnerin hĤlt beide korrigierte Befundberichte fļr nicht glaubhaft.

II.

Der Antrag ist zulÄxssig, jedoch nicht begrļndet.

Der Antrag ist dahingehend auszulegen, dass die Antragstellerin die GewĤhrung von einstweiligem Rechtsschutz erst ab Antragstellung bei Gericht am 31.10.2022 begehrt. Der entsprechende Hinweis des Vorsitzenden wurde aufgegriffen. Die GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes im Wege einer Regelungsanordnung ist gemĤÄ∏ <u>ŧ 86b Abs. 2 S. 2 SGG</u> nur dann begrýndet, wenn â∏eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheintâ∏. Eine solche Anordnung setzt sowohl einen Anordnungsanspruch (materielles Recht, für das einstweiliger Rechtsschutz geltend gemacht wird) als auch einen Anordnungsgrund (Eilbedürftigkeit im Sinne der Notwendigkeit einer vorläufigen Regelung, weil ein Abwarten auf eine Entscheidung im Hauptsacheverfahren nicht zuzumuten ist) voraus. Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund stehen allerdings nicht isoliert nebeneinander, sondern es besteht eine Wechselbeziehung in der Weise, dass die Anforderungen an den Anordnungsanspruch mit zunehmender Dringlichkeit bzw. Eilbedürftigkeit zu verringern sind und umgekehrt. Anordnungsanspruch und -grund bilden nämlich aufgrund ihres

funktionalen Zusammenhangs ein bewegliches System (vgl. zum Ganzen: Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 13. Auflage, § 86b, Rn. 27 und 29 m.w.N.). Bei Auslegung und Anwendung des § 86b Abs. 2 SGG sind das Gebot der Gewährung effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes [GG]) und die Pflicht zum Schutz betroffener Grundrechte zu beachten, namentlich dann, wenn Anhaltspunkte dafù⁄₄r bestehen, dass eine Versagung vorläufigen Rechtsschutzes Grundrechte des Antragstellers erheblich, ù⁄₄ber den Randbereich hinaus und womöglich in nicht wieder gut zu machender Weise verletzen könnte. Ferner muss das Gericht ggfs. auch im Sinne einer Folgenabwägung bedenken, zu welchen Konsequenzen fù⁄₄r die Beteiligten die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes bei späterem Misserfolg des Antragstellers im Hauptsacheverfahren einerseits gegenù⁄₄ber der Versagung vorläufigen Rechtsschutzes bei nachfolgendem Obsiegen in der Hauptsache andererseits fù⁄₄hren wù⁄₄rde.

Anordnungsanspruch wie -grund müssen gemÃxà ÂS 920 Abs. 2 ZPO i.V.m. ÂS 86b Abs. 2 Satz 4 SGG glaubhaft sein. Die Glaubhaftmachung bezieht sich auf die reduzierte Prüfungsdichte sowie darauf, dass nur eine überwiegende Wahrscheinlichkeit hinsichtlich der à berzeugungsgewissheit für die tatsÃxchlichen Voraussetzungen des Anordnungsanspruchs und des Anordnungsgrundes notwendig ist (vgl. ÂS 23 Abs. 1 S. 2 SGB X; Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, aaO., Rn. 16 b, 16 c). Die Antragstellerin hat den Anordnungsanspruch glaubhaft gemacht.

Die Antragstellerin hat den Anordnungsanspruch nicht glaubhaft gemacht. Nach § 44 Abs. 1 Satz 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfĤhig macht. Der Anspruch auf Krankengeld entsteht gemäÃ∏ § 46 Satz 1SGB V bei Krankenhausbehandlung oder Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung von ihrem Beginn an, im Ã\|Drigen von dem Tag an, der auf den Tag der Äxrztlichen Feststellung der ArbeitsunfÄxhigkeit folgt. Es ist nicht überwiegend wahrscheinlich, dass die Antragstellerin ab 29.07.2021 einen neuen Anspruch auf Krankengeld aufgrund der Diagnosen F33.1 G und F43.1 G hat. In der Gesamtschau der Befundberichte und des zeitlichen Ablaufes ist es zumindest ebenso wahrscheinlich, dass es sich dabei um eine hinzugetretene Erkrankung im Sinne des <u>§ 48 Abs. 1 S. 2 SGB V</u> handelt und der Anspruch auf Krankengeld am 19.06.2021 endete. Hinzutreten in diesem Sinn liegt vor, wenn zeitgleich mit dem Vorliegen einer zur ArbeitsunfĤhigkeit fļhrenden Ersterkrankung (hier: die orthopĤdische Erkrankung) unabhĤngig von dieser Krankheit eine weitere Krankheit die ArbeitsunfĤhigkeit des Versicherten bedingt (vgl. BSG vom $08.11.2005 \hat{a} \square \square B 1 KR 27/04 R, Rn. 16$). Es ist schon nicht überwiegend wahrscheinlich, dass die Arbeitsunfähigkeit der

Es ist schon nicht A½berwiegend wahrscheinlich, dass die ArbeitsunfA¤higkeit der Antragstellerin aufgrund der orthopädischen Erkrankung am 19.06.2021 endete. So bestätigte der behandelnde Orthopäde auch zunächst gegenÃ⅓ber der Antragstellerin die weiterhin bestehende Arbeitsunfähigkeit. Die Korrektur dieser Angabe ist auch nicht vollständig plausibel. Dass ein Schreiben einer Krankenkasse, in dem es explizit um eine medizinische Einschätzung geht (liegt weiterhin Arbeitsunfähigkeit dem Grunde nach vor) von einer Helferin ohne RÃ⅓cksprache angekreuzt wird, ist wenig wahrscheinlich. Das Schreiben wurde auch vom behandelnden Arzt unterschrieben und es wurde der Passus â∏bestand

weiterhin Behandlungsbedürftigkeit, die dem Grunde nach Arbeitsunfähigkeit begründet hätteâ∏∏ unterstrichen. Die Korrektur ist auch nicht vollständig schlüssig. So wird mit keinem Wort beschrieben, worin die Heilung am 19.06.2021 bestanden haben soll. Welcher Behandlungserfolg wurde genau an diesem Tag erreicht? Die Korrektur ist auch insoweit falsch, als über den 19.06.2021 hinaus Behandlungsbedürftigkeit insgesamt verneint wird. Es wurden nachweislich auch nach dem 19.06.2021 Heilmittelverordnungen zur Behandlung ausgestellt. Die Frage, ob nach dem 19.06.2021 weiterhin eine orthopÄxdische Erkrankung vorlag, die dem Grunde nach Arbeitsunfähigkeit begründete, kann abschlieÃ∏end nur im Hauptsacheverfahren geklĤrt werden. Derzeit ist die Frage offen. Ebenso ist offen, ab welchem Zeitpunkt die psychische Erkrankung dem Grunde nach ArbeitsunfĤhigkeit begrļndete. Es ist in der Gesamtschau der Befundberichte nicht überwiegend wahrscheinlich, dass diese erst im Laufe der stationÄxren Behandlung am 29.07.2021 in einem Umfang vorlag, der auch ArbeitsunfĤhigkeit begrļndete. Der korrigierte Bericht des C. ist dabei im Rahmen der vorliegenden sonstigen Befundberichte zu wA¼rdigen. Die Beschreibung, erst die Selbsteinsicht im Rahmend er stationĤren Behandlung habe zur ArbeitsunfĤhigkeit gefļhrt, ist nicht vollstĤndig plausibel. Dabei ist zunĤchst zu berļcksichtigen, dass bereits in den Jahren zuvor vereinzelt ArbeitsunfĤhigkeitsbescheinigungen mit F-Diagnosen vorlagen. Hinzu kommt der Befundbericht der Medizinischen Klinik und Poliklinik IV der LMU. Bereits im MAxrz 2021 lag eine rezidivierende Depression vor sowie Teilsymptome einer posttraumatischen BelastungsstĶrung. Die Indikation fļr eine stationĤre Psychotherapie war gegeben. Insoweit ist die posttraumatische BelastungsstĶrung jedenfalls nicht vollstĤndig neu erst im Rahmen der stationĤren Behandlung aufgetreten. Hinzu kommt, dass bereits in der Anamnese des Befundberichtes des C. die Burnout-Symptomatik, die A\(\text{Dberlastung im Beruf beschrieben werden. Es ist damit auch bei noch unzureichender Selbsteinsicht zum Zeitpunkt der stationÄxren Aufnahme mindestens ebenso wahrscheinlich, dass die Antragstellerin vor der stationĤren Aufnahme nur arbeiten konnte mit der Gefahr, ihren gesundheitlichen Zustand zu verschlimmern. Auf den richterlichen Hinweis vom 02.05.2023 wird verwiesen. Die Ermittlung, ab wann die offenkundig bereits l\(\tilde{A} \times nger andauernde psychische Erkrankung auch zur ArbeitsunfĤhigkeit führte, muss dem Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben.

Der Vorsitzende hat auch Bedenken im Hinblick auf den Anordnungsgrund. Zwar ist grundsĤtzlich davon auszugehen, dass dieser aufgrund der Entgeltersatzfunktion des Krankengeldes in der Regel besteht. Hier ist allerdings zu beachten, dass die Antragstellerin den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz erst ýber ein Jahr nach dem von ihr behaupteten Beginn des neuen Krankengeldanspruches gestellt hat und auch für diesen Anspruch die Höchstbezugsdauer am 25.01.2023 abgelaufen wäre. Somit kommt allenfalls die eine vorläufige Leistung von etwa 3 Monaten Krankengeld für den Zeitraum November 2022 bis Januar 2023 in Betracht. Die Antragstellerin hat keine Gründe vorgetragen, weshalb die Leistung für drei Monate für einen mittlerweile in der Vergangenheit liegenden Zeitraum besonders dringend sei soll und das Abwarten der Entscheidung in der Hauptsache nicht zumutbar sein soll.

Da weder eine besondere Dringlichkeit glaubhaft gemacht wurde noch sonstige besondere UmstĤnde vorgetragen wurden, kommt auch eine vorlĤufige Leistung ausschlie \tilde{A} lich f \tilde{A} die Vergangenheit f \tilde{A} etwa drei Monate allein aufgrund einer G \tilde{A} terabw \tilde{A} gung nicht in Betracht.

Die Kostenentscheidung folgt aus einer entsprechenden Anwendung des $\frac{\hat{A}\S 193}{SGG}$.

Â

Erstellt am: 08.11.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024